

Orwell hoch zwei

G. S. George Orwells berühmter Roman «1984» ist nicht nur ein Mahnmal gegen den Überwachungsstaat, sondern auch eine Entlarvung der politischen Verlogenheit. In dem utopischen Entwurf bezeichnen die Machthaber das Kultur-, Medien-, Erziehungs- und Propagandaministerium als Wahrheitsministerium und das Verteidigungsministerium als Friedensministerium. Für die innere Sicherheit und das Polizeiwesen ist das Ministerium für Liebe zuständig, für die Rationierungen das Ministerium für Überfluss. Was im Erscheinungsjahr des Romans, 1948, noch vielen Menschen die Augen öffnete, gehört heute zum Allgemeinwissen und wirkt daher fast etwas plump. Die völlige Umkehr der Begriffe lässt sich wohl nur mit einem solchen Zwangsapparat, wie er in Orwells Ozeanien das ganze Leben kontrolliert, durchsetzen.

Was seit Jahren und in der letzten Zeit zunehmend in der internationalen Steuerdebatte abläuft, ist demgegenüber wesentlich raffinierter und subtiler. Während bei Orwell das brutale Wirken des totalitären Regimes so lange mit Euphemismen kaschiert wird, bis die Menschen anfangen, tatsächlich die Propaganda für Wahrheit und den Krieg für Frieden zu halten, ist es der Lobby der Zerstörer-Jäger gelungen, an sich positiv besetzten Begriffen einen völlig abschätzigen Inhalt zu geben. Oasen sind Horte des Lebens inmitten der Wüste: Da gibt es Wasser, da wachsen Pflanzen, da leben Tiere. Es sind kleine Paradiese, in denen - im Vergleich mit dem unwirtlichen Umland - Überfluss herrscht. Aber das Kartell der Hochsteuerländer hat es mit Hilfe der OECD geschafft, Steueroasen und Steuerparadiese zu verabscheuungswürdigen Stätten zu machen, die man besser nicht besuchen und mit denen man lieber nichts zu tun haben sollte. Ähnliches ist mit der Flucht passiert. In der Regel genießt der Flüchtling Sympathie oder zumindest Mitgefühl, weil er sich vor Verfolgung rettet, vor den Naturgewalten, vor einem unmenschlichen Regime. Doch der Steuerflüchtling gehört, wenn man die Verlautbarungen der letzten Zeit hört und liest, nicht zu diesen bemitleidenswerten Geschöpfen. Er ist auf merkwürdige Weise in der veröffentlichten Meinung zum unsolidarischen Bösewicht mutiert. Und niemand fragt sich so recht, ob das Problem nicht vielleicht doch wie bei jeder Flucht eher bei dem liegt, wovor er flieht, als bei ihm selbst.

Auch dass die OECD nun gerne die Forderung nach «fairem Steuerwettbewerb» in den Vordergrund stellt, hat einen merkwürdigen Unterton. Normalerweise sollte Fairness sicherstellen, dass auch die Kleinen, Schwächeren, Benachteiligten mitspielen, sich am Wettbewerb beteiligen können. Fairness dient nicht den Grossen und Mächtigen. Wenn es um den Steuerwettbewerb geht, versuchen jedoch die grossen Länder - von denen einige ausgesprochene Hochsteuerländer sind -, die Regeln zu fixieren. Die so verstandene «Fairness» soll sicherstellen, dass nicht irgendwelche kleineren und tüchtigeren Mitspieler plötzlich den Erfolg davontragen. In einer späteren Geschichtsschreibung über die Propaganda und die Umdeutung der Begriffe wird die Verächtlichmachung der Steueroasen, die pejorative Aufladung des Begriffs der Steuerflüchtlinge und die Definition von Fairness durch die Mächtigen ohne Zweifel einmal einen Ehrenplatz einnehmen. In einer Geschichte des unabhängigen Bürgertums, der Freiheit und der Humanität dagegen wohl kaum.